

Michael Göring

Der Versuch, Europa zu kapern

Der rechte Vordenker Steve Bannon will sich mit einer Stiftung in Belgien niederlassen und nationalistisches Denken hier vollends hoffähig machen. Damit darf er nicht durchkommen.

Steve Bannon, der frühere politische Chefberater von Präsident Trump, plant eine Stiftung, die Europa vollständig verändern soll. Ihm schwebt eine stiftungsfinanzierte Denkfabrik vor, die er „The Movement“ (Die Bewegung) nennt und deren Ziel es ist, über die Unterstützung rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien in den europäischen Einzelstaaten die Europa-Wahl 2019 entsprechend zu beeinflussen. Am Ende soll seine Stiftung der Europäischen Union den Todesstoß versetzen. Das Ziel, den Zusammenbruch, das Ende der EU, zu „stiften“, konterkariert jeden Stiftungsgedanken. Wer stiftet, setzt gemeinhin etwas ein, startet etwas Neues, verbessert den Status quo und ist dabei dem alles bestimmenden Ziel verpflichtet, das Gemeinwohl zu fördern und zu stärken.

Eine europäische „Sammlungsbewegung“ (!) zu starten, in großem Stil Gelder dafür zu sammeln – Bannon sieht seine Stiftung letztlich auf einer finanziellen Höhe mit der Milliardenstiftung von George Soros – fordert alle, auch die mehr als 100000 Stiftungen in Europa heraus. Und Bannon ficht nicht mit dem Florett. Schon seine Sprache verrät, dass er den Säbel schwingt: Angela Merkel „is a complete and total phony, she’s sold out control to Russia for cheaper energy prices“. In Deutschland hätte Steve Bannon keine Chance, für seine Stiftung überhaupt die behördliche Anerkennung zu erhalten, denn die deutsche Gesetzeslage ist eindeutig: Eine gemeinnützige Stiftung darf zwar „die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes“ unterstützen (§ 52 (2) Nr. 24 AO), doch sie „darf ihre Mittel weder für die unmittelbare noch für die mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwenden“. (§ 55 (I) 1 AO) Doch die deutsche Gesetzeslage kümmert Bannon sicher herzlich wenig, er will die europäischen Länder vom Grundsatz her verändern. Bannon wird seine Stiftung in Belgien gründen, und niemand wird ihn daran hindern können, von dort aus für nationalistisches Gedankengut zu werben, strategisch Kampagnen zu steuern und kontinuierlich philosophische, ökonomische und kulturwissenschaftliche Belege und Beweise für die vermeintliche Überlegenheit von Unilateralismus, Abschottung und Kleinstaaterei beizubringen – eine gewaltige Herausforderung für Europa.

Aber auch national stehen Stiftungen in Deutschland vor einer besonderen Situation. Die AfD hat kürzlich beschlossen, die von ihr errichtete Desiderius-Erasmus-Stiftung als parteinahe politische Stiftung anzuerkennen, womit sie von der nächsten Legislaturperiode an zuwendungsfähig wird. Die „politischen Stiftungen“ sind in Deutschland eine ganz eigene Gattung. Während gemeinnützige Stiftungen dann entstehen, wenn private Bürger, Unternehmen oder Bürgergruppen einen Teil ihres Vermögens für immer gemeinnützigen Zwecken widmen, um beispielsweise Kitas, die Ausbildung von Zugewanderten, Alzheimerforschung, Denkmalschutz oder hochbegabte junge Musiker zu fördern, so entfällt bei politischen Stiftungen dieser stifterische Akt. Sie sind daher streng genommen gar keine Stiftungen (und firmieren rechtlich auch meistens als eingetragene Vereine). Es wäre besser, sie würden sich erst gar nicht Stiftung, sondern „Friedrich Ebert Institution“ oder „Konrad Adenauer Förderinstitution“ nennen.

Jede deutsche Partei, die seit mehr als einer Legislaturperiode im Deutschen Bundestag vertreten ist, kann für eine ihr nahestehende politische Stiftung jährliche Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt erhalten. Das waren 2015 für die sechs politischen „Stiftungen“ zusammen 521 Millionen Euro. Auf die politischen Stiftungen findet Paragraph 55 der Abgabenordnung keine Anwendung. Ihr übergeordnetes Ziel ist die politische Bildung der Bevölkerung im In- und Ausland.

Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung wird diese politische Bildung in ihrem Sinne betreiben, auch wenn sich der Namensgeber, ein wahrer Kosmopolit, nach dem seit Jahrzehnten ein europaweites Austauschprogramm für Hochschulstudenten benannt ist, noch so heftig im Grabe dreht (F.A.Z. vom 30. Juni). Auch sie will sich als Denkfabrik verstehen und plant, eine große Gruppe

von Wissenschaftlern zu beschäftigen, die die Überlegenheit nationaler Politik begründen und propagieren soll.

Was bedeutet das für das Stiftungswesen in unserem Land? Deutschland hat sich vor allem seit der Jahrtausendwende zu einem Stifterland entwickelt. Eine „reife Gesellschaft“, in der im Westen private Bürger zu beträchtlichem Wohlstand kommen konnten und zum Glück kein Krieg das Vererben von Kapital über drei Generationen hinweg behinderte, zeigt die besten Voraussetzungen für das Gründen von gemeinnützigen Stiftungen. Die Zahl der Stiftungen hat sich seit dem Jahr 2000 von rund 10000 auf rund 22000 heute mehr als verdoppelt.

Das geradezu normative Verständnis all dieser großen und kleinen Stiftungen ist im Kern sehr ähnlich: Stiftungen verkörpern die „offene Gesellschaft“ à la Popper, in der durchaus heterogene private Anregungen von Bürgern für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung willkommen sind. Solche Anregungen lassen sich nachhaltig und langfristig gerade über Stiftungen verwirklichen. Stifter beteiligen sich an der zukünftigen Entwicklung, sie zeigen bürgerschaftliches Engagement und übernehmen Verantwortung. Ganz selbstverständlich werden dabei unsere demokratische Staatsordnung, die freiheitlichen Rechte und Pflichten des Grundgesetzes sowie der Rechtsstaat als normative Größen zugrunde gelegt. Ja, ein historischer Blick auf das Stiftungswesen zeigt, dass die Freiheitlichkeit einer Gesellschaft sehr eng mit der Bedeutung des Stiftungswesens in dieser Gesellschaft korreliert. Der freiheitliche, offene und souveräne Staat „leistet“ sich ein breites heterogenes Stiftungswesen, das wiederum die Freiheitlichkeit stützt.

Jetzt ergeben sich neue Herausforderungen. Plötzlich müssen auch die Stiftungen in Deutschland und in Europa begreifen, dass die so selbstverständliche Grundlage, die sich auch die AfD zunutze macht, gar nicht selbstverständlich ist. Noch schauen wir dabei in die Türkei, nach Ungarn oder Polen oder jetzt auf Bannons Versuch, Europa zu kapern. Die Desiderius-Erasmus-Stiftung und erst recht die Stiftung The Movement zeigen, dass wir wachsam sein müssen. Die Stiftungen in Deutschland und in Europa müssen fortan nicht nur auf ihre Projekte, sondern immer stärker auf die Grundlage ihrer Existenz schauen, und das ist der demokratische Rechtsstaat, der liberalen, neuen Einflüssen und Befruchtungen gegenüber offen bleiben muss.

Übergreifendes Stiftungsziel ist die Stärkung und Förderung des Gemeinwohls aller. Unsere deutsche Geschichte – auch die Geschichte des Stiftungswesens, das in allen totalitären Systemen als private Einmischung verpönt war – zeigt uns, dass Abschottung und rechtspopulistischer Nationalismus ein Irrweg sind. Dieser Beweis muss nicht noch einmal erbracht werden.

Es ist zu überlegen, ob nicht einige deutsche Stiftungen vor dieser Situation gemeinsam mit befreundeten europäischen Stiftungen als Antwort auf Bannon (und auf die AfD) einen gemeinsamen Thinktank „Für die Demokratie – für den liberalen Rechtsstaat“ gründen; sie könnten ihn als Replik auf Bannons The Movement vielleicht „The Cornerstone“ nennen, den liberalen Eckstein unserer Existenz. Michael Göring

Der Autor leitet die von Gerd Bucenius gegründete ZEIT-Stiftung in Hamburg und war bis Mai 2018 Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen.